

A N F R A G E von Susanne Rihs-Lanz (Grüne, Glattfelden)

betreffend Einbezug Süddeutschlands bei der Standortwahl für Atommüll-Endlager

Am 6. November 2008 gab das Bundesamt für Energie (BFE) die Standortgebiete bekannt, welche gemäss der Nationalen Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle (Nagra) aus geologischer Sicht für Tiefenlager geeignet sind. Unter den sechs Standorten befinden sich auch zwei im Kanton Zürich. Beide Gebiete (Zürcher Weinland und Zürcher Unterland) befinden sich nahe an der Landesgrenze zu Deutschland.

Unter dem Stichwort der regionalen Partizipation sollen die betroffenen Regionen, die Gemeinden und die Bevölkerung in das Standortauswahlverfahren einbezogen werden. Das BFE hat die Absicht, alle wesentlichen Akteure in den Prozess einzubeziehen und die Standortregionen bei der Wahrnehmung ihrer Interessen zu unterstützen. Bereits im Herbst 2008 fanden in den verschiedenen Regionen Informationsveranstaltungen statt, so auch in Glattfelden und in Marthalen.

Im Zusammenhang mit den möglichen Standorten beantragt nun der Landkreis Waldshut, den Kreis der Betroffenen weiter als bisher zu ziehen. Er fordert für Süddeutschland mehr Information und Transparenz über das Standort-Auswahlverfahren sowie ein Mitspracherecht.

In diesem Zusammenhang bitte ich den Regierungsrat, zu den folgenden Fragen Stellung zu nehmen:

1. Wie stellt sich der Regierungsrat ganz generell zur der Forderung aus Deutschland?
2. Hat der Regierungsrat im Sinn, in Sachen Atomendlager mit dem Landkreis Waldshut zusammenzuarbeiten?
Fanden bereits diesbezügliche Kontakte statt? Wenn ja, welche?
Oder will der Regierungsrat, dass die Informationen über das Standortauswahlverfahren ausschliesslich über das BFE nach Deutschland gelangen?
3. Hat der Regierungsrat die Lehren daraus gezogen, dass seinerzeit Deutschland in Sachen Fluglärm, Flugrouten und Flughafen den Staatsvertrag aufkündigte, weil der Kanton Zürich in einer arrogant wirkenden Art und Weise Süddeutschland nicht in die Planung einbezog und kein Mitspracherecht gewährte?
4. Könnten sich freundnachbarliche Kontakte im Bereich Atomendlager nicht auch positiv auf künftige Verhandlungen mit Deutschland in Sachen Flughafen Zürich auswirken?

Susanne Rihs-Lanz